

9. ZUSAMMENFASSUNG

Nach Darlegung der Strafbarkeitsvoraussetzungen des § 17 TierSchG und einer Erläuterung der theoretischen Hintergründe zur Beurteilung statistisch erfaßter Kriminalität, wurde im zentralen Teil dieser Arbeit eine statistische Analyse durchgeführt.

Dieser statistische Teil setzt sich aus zwei Schwerpunktuntersuchungen zusammen. Die erste Untersuchung beinhaltet eine Analyse der Strafverfolgungsstatistik (SVS) der Jahre 1980-1991 mit dem Ziel, die quantitative Problematik gerichtlicher Reduktions- und Sanktionspraxis transparent zu machen. Hierbei wurden die im Erhebungszeitraum von 1980-1991 für den Bereich der Straftaten gegen das Tierschutzgesetz ermittelten Werte den Daten für die Gesamtkriminalität gegenübergestellt, um so mögliche Abweichungen im Bereich der tierschutzrelevanten Strafrechtspraxis gegenüber dem Gesamtdurchschnitt ermitteln und beurteilen zu können.

Darüber hinaus wurden die Straftatbestände der §§ 303 StGB "Sachbeschädigung", 223 StGB "Körperverletzung" und 223b StGB "Mißhandlung von Schutzbefohlenen" bei der Untersuchung einiger gewichtiger Merkmale in einen Vergleich mit einbezogen. Hierdurch wurde der Versuch unternommen, den Stellenwert, der tierschutzrelevanten Straftaten von Seiten der Gerichte beigemessen wird, innerhalb von Straftatbeständen, die am ehesten mit dem des § 17 TierSchG vergleichbar sind, zu ermitteln.

Bei der Auswertung des Datenmaterials wurden zum Teil erhebliche Abweichungen der Sanktionspraxis im Bereich tierschutzrelevanter Straftaten gegenüber dem Gesamtdurchschnitt ermittelt.

Bei der Interpretation der nachfolgend aufgeführten Ergebnisse muß berücksichtigt werden, daß im Bereich der Straftaten nach dem Tierschutzgesetz deutlich mehr erwachsene Personen abgeurteilt werden (90,6%) als im Gesamtdurchschnitt (76,3%). Insgesamt erfolgten im Bereich der tierschutzrelevanten Straftaten 93,1% aller Aburteilungen nach Allgemeinem Strafrecht und nur 6,9% aller Aburteilungen nach Jugendstrafrecht (JGG).

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse:

1. Betrachtet man den Bereich der nach Allg. Strafrecht abgeurteilten Straftaten, so werden aufgrund von Straftaten gegen das Tierschutzgesetz (TierSchG) weniger als halb so viele Freiheitsstrafen erteilt und von diesen wenigen Freiheitsstrafen wiederum mehr als doppelt so viele zur Bewährung ausgesetzt wie im Gesamtdurchschnitt.
2. Der Strafrahmen wird sowohl im Bereich der Freiheitsstrafen als auch im Bereich der Geldstrafen bei der Sanktionierung von Vergehen gegen das TierSchG nur mangelhaft ausgeschöpft. 79,5% aller Verurteilungen zu Freiheitsstrafe überschreiten die Dauer von 6 Monaten nicht. Von diesen werden 86% zur Bewährung ausgesetzt.
3. Von über 90% aller nach Allg. Strafrecht erfolgten Verurteilungen tierschutzrelevanter Straftaten (zu Freiheitsstrafe ohne Bewährung und/oder Geldstrafe) werden nur gut 5%, und damit weniger als 1/6 des Gesamtdurchschnittes, zusammen mit Maßregeln und/oder Auflagen erteilt.
4. Die gerichtliche Gesamtreduktionsquote, (und damit die Anzahl aller im Erhebungszeitraum abgeurteilten Personen, die nicht verurteilt wurden), lag im Bereich der Straftaten gegen das TierSchG mit 37,0 Prozentpunkten um 71,1% über dem Gesamtdurchschnitt. Im Bereich der nach Allg. Strafrecht abgeurteilten Personen (und damit in 93,1% aller Aburteilungen) lag die Reduktionsquote mit 36,6% um 94,6% über dem Gesamtdurchschnitt. Im Bereich der nach Jugendstrafrecht abgeurteilten Personen lag sie mit 42,5% lediglich um 25,0% über dem Gesamtdurchschnitt der Straftaten insgesamt.
5. Sowohl im Bereich der nach Allg. Strafrecht Abgeurteilten als auch im Bereich der nach JGG abgeurteilten Personen erfolgten mehr als 99% aller sogenannten "anderen Entscheidungen" in Form von Freisprüchen und Einstellungen. Der Anteil der wegen eines Vergehens gegen das TierSchG erfolgten Freisprüche betrug im Bereich der nach Allg. Strafrecht abgeurteilten Personen das 2,6fache und im Bereich der nach Jugendstrafrecht abgeurteilten Personen das 2,4fache des Gesamtdurchschnittes. Der Anteil der Einstellungen lag im Bereich der nach Allg. Strafrecht abgeurteilten Personen mit knapp 80% deutlich und im Bereich der nach JGG Abgeurteilten mit gut 16% nur geringgradig über dem Gesamtdurchschnitt.
6. Der Anteil der wegen eines Vergehens gegen das TierSchG abgeurteilten weiblichen Personen lag mit 12,3 Prozentpunkten um knapp 25% unterhalb des Anteils der weiblichen Personen im Bereich der Gesamtkriminalität.

Der Vergleich mit Daten der Straftatbestände der §§ 223, 223b und 303 StGB erbrachte folgende Ergebnisse:

1. Entsprechend dem Verhältnis von Geldstrafen zu Freiheitsstrafen, das als Indikator für die Einschätzung der Schwere eines Deliktes aus Sicht der Justiz herangezogen werden kann, sind die Straftaten gegen das TierSchG mit einem Quotienten von 10,5:1 zwischen den Sachbeschädigungen (17,5:1) und den Körperverletzungen (5,7:1) angesiedelt.
2. Im Bereich der nach Allg. Strafrecht erfolgten Aburteilungen von Straftaten gegen das TierSchG liegt der Anteil der Personen, bei welchen auf "Freispruch ohne Maßregeln" befunden wurde, mit 9,7% an der Spitze aller untersuchten Straftaten.
3. Die Häufigkeiten für die beiden Entscheidungen "Freispruch" und "Einstellung" kommen sowohl im Allg. Strafrecht als auch im Jugendstrafrecht den entsprechenden Häufigkeiten im Bereich der "Sachbeschädigungen" sehr nahe.
4. Der Anteil der Strafaussetzungen zur Bewährung ist im Bereich der Straftaten gegen das TierSchG mit 84,5% vergleichsweise am größten.
5. Mit einer Gesamtreduktionsquote von 37,0% weisen die Straftaten gegen das TierSchG die zweithöchste Reduktionsquote nach den Mißhandlungen von Schutzbefohlenen (39,5%) auf.

Der 2. Teil der statistischen Analyse beinhaltet die Untersuchung von Datenmaterial einer intern durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen durchgeführten Studie auf das Vorliegen regionaler Unterschiede in der Sanktionspraxis tierschutzrelevanter Straftaten. Diese Studie beruht auf Datenmaterial der SVS für die einzelnen Bundesländer und wurde für den Zeitraum von 1985-1989 durchgeführt.

Dabei konnte gezeigt werden, daß zwischen den einzelnen Bundesländern oftmals signifikante Unterschiede zu den errechneten Erwartungswerten bestehen. Diese signifikanten Unterschiede führen aufgrund ihrer Verteilung im Hinblick auf die untersuchten Merkmale zu Tendenzen, die teilweise erhebliche Auswirkungen auf die Sanktionspraxis der einzelnen Bundesländer haben.

Als Beispiel zweier in ihrer Sanktionspraxis tierschutzrelevanter Straftaten deutlich divergierender Bundesländer seien Nordrhein-Westfalen und Bayern genannt. So wurde in Nordrhein-Westfalen der Erwartungswert der Aburteilungen hochsignifikant (8σ) unterschritten, und auch der Anteil der Verurteilungen war hochsignifikant erniedrigt. Gleichzeitig war der Anteil der Freisprüche ebenso wie die Zahl der Einstellungen signifikant erhöht, der Anteil der Geldstrafen gegenüber dem Erwartungswert wiederum signifikant erniedrigt. Die Werte für Bayern verhielten sich mit Ausnahme der Freisprüche, die im Bereich des Erwartungswertes lagen, praktisch spiegelbildlich zu den für Nordrhein-Westfalen berechneten Werten.

Im Anschluß an eine zusammenfassende Besprechung der ermittelten Werte werden unterschiedliche Ursachen für die erhebliche Rechtsunsicherheit in der Beurteilung tierschutzrelevanter Straftaten diskutiert.

Zum Abschluß wird der Versuch unternommen, ein kombiniertes Schlichtungs- und Aufklärungsmodell als sinnvolle strafrechtliche Alternative zur bestehenden Sanktionspraxis zu skizzieren.

9. SUMMARY

Petra Maria Sidhom

STATISTICAL ANALYSIS OF SANCTIONING PRACTICE IN THE COURTS FOR ANIMAL PROTECTION RELEVANT CRIMES BASED ON DATA FROM THE FEDERAL GERMAN CRIME PROSECUTION STATISTICS 1980-1991

As a preamble to the statistical analysis presented in this paper, the preconditions for prosecution under Article 17 of the animal protection laws are described together with the theoretical background to assessing crime statistics.

The statistical section comprises two main studies. The first study includes an analysis of the criminal prosecution statistics (SVS) for the years 1980-1991. The objective is to use quantitative arguments to clarify the complex of how crime reduction and sanctioning is carried out in the courts in practice. In this, during the survey period of 1980-1991 the figures on violations of the animal protection laws were compared with the data for overall crime in order to spotlight and assess any possible deviations in penal practice relevant to animal protection laws compared with the total average.

In addition the crimes comprising Articles 303 "material damage", 223 "bodily harm" and 223b "abuse of persons in care" of the criminal code were included in a comparison to study important features. In this way it is attempted to establish how animal protection relevant crimes are seen by the courts in relation to those crimes which are most comparable to Article 17 of the animal protection law.

In evaluating the data a number of, in part, large deviations were determined in the penal practice of animal protection relevant crimes compared with the overall average.

In the interpretation of the results listed it must be borne in mind that in the area of violations of the animal protection laws considerably more adult persons are convicted (90.6 %) than in the overall average (76.3 %). Overall in the area of animal protection relevant crimes, 93.1 % of all convictions were in accordance with general penal code, and only 6.9 % were convictions based on the juvenile code.

Summary of the most important results:

1. If one considers the area of crimes convicted in accordance with the general penal code then compared with the overall average, crimes against the animal protection laws resulted in custodial sentences in only half the number of cases and of these few custodial sentences, more than twice as many were suspended.
2. The penal framework is only poorly exploited both in the area of custodial sentences as well as in the area of fines in sanctioning violations of the animal protection law. (79.5 % of all convictions with custodial sentences do not exceed a period of 6 months. Of these 86 % were suspended).
3. Of over 90 % of all convictions relating to animal protection relevant crimes in accordance with the general penal code (either custodial sentences without suspension and/or fine) only some 5 %, and hence less than 1/6 of the overall average, were subject to measures and/or conditions.
4. The courts overall reduction ratio, (and hence the number of all sentenced persons within the survey period who were not convicted) in the area of crimes against the animal protection laws was 37.0 percentage points, i.e. 71.1 % above the overall average. In the area of persons convicted in accordance with the general penal code (and hence 93.1 % of all sentences) the reduction ratio was 36.6 %, a figure 94.6 % above the overall average. As far as persons convicted in accordance with juvenile code is concerned, the reduction ratio was 33.9 %, only 25 % above the overall average for crimes in total.
5. Both in the area of convictions according to the general penal code as well as in the area of persons convicted in accordance with the juvenile code, more than 99 % of all so-called "other decisions" were in the form of acquittals or dismissals. The number of acquittals in cases concerning violations of the animal protection laws was some 2.6 times greater than that of the overall average in accordance with the general penal code and some 2.4 times that of the average for those persons sentenced in accordance with the juvenile code. The fraction of dismissals in the area of persons sentenced in accordance with the general penal code was just under 80 % and hence substantially above the average, and in the area of persons sentenced in accordance with the juvenile code, some 16 %, i.e. slightly above the average.
6. The fraction of female persons sentenced because of violations of the animal protection law was 12.3 percentage points i.e. almost 25 % below the fraction of female persons in the overall crime figures.

A comparison with the data of crimes in accordance with Articles 223, 223b and 303 of the penal code produced the following results:

1. In accordance with the ratio of fines to custodial sentences, which is regarded as an indicator for estimating the seriousness of a crime in the eyes of the courts, the crimes against the animal protection laws had a ratio of 10.5:1, falling between damage to property (17.5:1) and bodily harm (5.7:1).
2. In the general penal code, the sentences of crimes against the animal protection laws sees the share of persons in which there was "acquittal without measures" at 9.7 % as the peak of all crimes investigated.
3. The frequency for the two decisions "acquittal" and "dismissal" is very near to the frequency in the area of "damage to property" both as far as general penal code and juvenile code is concerned.
4. The fraction of suspended sentences is 84.5 % in the area of violations of the animal protection laws and is the largest in comparison.
5. With an overall reduction ratio of 37.0 % violations of the animal protection laws have the second highest reduction rate after abuse of persons in care (39.5 %).

The second part of the statistical analysis includes the investigation of data from an internal study performed by the criminological research institute in Lower Saxony into the presence of regional differences in the sanctioning practice of animal protection relevant crimes. The study is based on data of the SVS for the individual Federal German States and was performed for the period 1985-1989.

In this it was shown that between the individual Federal States there are often significant differences with the predicted values. These significant differences lead, because of the distribution with respect to the studied features, to tendencies which have in part a substantial influence on the sanctioning practice of the individual Federal States.

As an example of two Federal States with considerable differences in their sanctioning practice of animal protection relevant crimes, North Rhine West Falia and Bavaria are mentioned. In North Rhine West Falia the predicted value of sentences was very significantly undercut (8σ) and the fraction of convictions was very significantly lower. At the same time the fraction of acquittals and the number of dismissals was significantly higher. The share of fines compared with the predicted value was also significantly lower. The values for Bavaria were, with the exception of acquittals, which were in the order of the values predicted, virtually the mirror opposites of the values calculated for North Rhine West Falia.

A summarizing discussion of the figures determined is followed by a discussion of the different causes for the considerable legal uncertainty in assessing animal protection relevant crimes.

The paper closes with an attempt to sketch a combined arbitration and clarification model as a realistic penal alternative to existing sanctioning practice.